



Niederschrift

Gremium: **Bürgermeisterdienstbesprechung und
Kreisverbandsversammlung
des Bayer. Gemeindetages**

Sitzungsdatum: **Mittwoch, den 08.12.2010**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Zi. 221, 2. Stock**

Beginn: 09:05 Uhr

Ende: 11:55 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Erhöhung der Versicherungsdichte gegen Naturgefahren - Unterstützung durch die Landkreise und Kommunen
Referent: Dr. Herbert Hofmann, Versicherungskammer Bayern
2. Demographische Entwicklung im Landkreis und in den Gemeinden
Referent: Klaus Riehle, Leiter des Sachgebietes Soziales Betreuungswesen, Seniorenfragen
3. Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Augsburg;
Seniorenbeauftragte/Seniorenbeiräte in den Gemeinden
Referentin: Sabine Wengg, Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA München)
4. Kreishaushalt 2011
Referent: Martin Seitz, Kreiskämmerer
5. Fundtiere im Landkreis Augsburg;
Angebot des Tierheimes Augsburg
Referent: Georg Klaußner, Kreisvorsitzender Bayer. Gemeindetag und Bürgermeister
6. Verschiedenes
7. Wünsche und Anfragen

Landrat Sailer heißt die neue Bürgermeisterin der Gemeinde Gessertshausen, Claudia Schuster, in der Bürgermeisterdienstbesprechung herzlich willkommen.

Die Anwesenden gedenken ferner den beiden Verstorbenen Klaus Brest (Bürgermeister der Gemeinde Oberrottmarshausen von 1972 – 1990) sowie Friedrich Wohlfahrt (Bürgermeister der Stadt Königsbrunn von 1948 – 1984, Mitglied des Kreistags Schwabmünchen von 1952 – 1972 und des Kreistags Augsburg von 1972 – 1978, Stv. Landrat im Altlandkreis Schwabmünchen von 1956 – 1966 sowie im Landkreis Augsburg von 1972 – 1978).

Darüber hinaus informiert Landrat Sailer darüber, dass der ehemalige Bürgermeister der Stadt Gersthofen, Siegfried Deffner, am 12.11.2010 seinen 65. Geburtstag feiern konnte. Am 17.11.2010 feierte Bgm. Franz Stellingner aus Großaitingen seinen 60. Geburtstag. Landrat Sailer spricht hierzu seine Glückwünsche aus.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Erhöhung der Versicherungsdichte gegen Naturgefahren - Unterstützung durch die Landkreise und Kommunen
	Referent: Dr. Herbert Hofmann, Versicherungskammer Bayern

Zur Präsentation von **Herrn Dr. Hofmann** wird auf die beigegefügte Anlage verwiesen.

Bgm'in Kirst-Kopp erbittet eine Aussage zur Versicherbarkeit am Beispiel Baiersdorf. Demnach waren 9 Hausnummern nicht versicherbar. Sie möchte wissen, ob dies vorher schon festgestanden oder sich dies erst nach dem Schadensereignis so dargestellt habe. Sie könne in ihrer Gemeinde eher eine Verschlechterung der Situation bei Starkregen feststellen.

Herr Dr. Hofmann erläutert, es habe im Fall Baiersdorf schon vorher festgestanden, dass 9 Hausnummern nicht versicherbar waren. Dahinter stecke ein Summierungssystem, das im Prinzip unabhängig von Einzelereignissen sei. Ein Starkregen sei ein wirkliches Zufallsereignis. Mit jedem Hochwasserereignis an den Flüssen könne man die Summierung überprüfen. Die Summierungsschematik werde mit Hilfe der Wasserwirtschaftsämter somit immer weiter verfeinert. Es könne aber sein, dass einzelne Häuser z. B. höher stehen und von der Summierung noch nicht erfasst seien. Bei einem Ereignis werde dann festgestellt, dass man solche Häuser günstiger eingruppiert könne. Genauso könne der umgekehrte Fall eintreten. Wenn in einer Gemeinde Maßnahmen getroffen und z. B. Dämme verstärkt werden, dann kommen diese Meldungen normalerweise über die Wasserwirtschaftsämter an die Versicherungskammer Bayern. Herr Dr. Hofmann bittet die Anwesenden darum, sofort zu melden, wenn es aktuelle Entwicklungen gebe. Dann könne die Versicherungskammer entsprechend reagieren.

Bgm. Schöniger fragt nach, ob es Karten über die Zonen mit nicht versicherbaren Gebäuden gibt. Laut **Herrn Dr. Hofmann** gibt es eine solche Karte bei der Versicherungskammer. Diese sei fast zu 100 % identisch mit den für jede Gemeinde vorhandenen Karten, die bei den Wasserwirtschaftsämtern abgerufen werden können.

TOP 2 Demographische Entwicklung im Landkreis und in den Gemeinden
Referent: Klaus Riehle, Leiter des Sachgebietes Soziales Betreuungswe-
sen, Seniorenfragen

Die Präsentation von **Herrn Riehle** ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Landrat Sailer weist auf die am Eingang ausliegenden CDs mit den demographischen Daten für die Gemeinden hin.

Bgm. Neher merkt an, das Betreute Wohnen sei vor ca. zehn Jahren in aller Munde gewesen. Daraufhin habe er in Thierhaupten Umfragen gemacht und festgestellt, dass die Nachfrage in einer ländlichen Gemeinde wie Thierhaupten sehr gering sei. Die Leute wollen möglichst lange im eigenen Haus bzw. im vertrauten Umfeld bleiben. Es gebe sehr viele vitale 80- bis 85-Jährige, die zuhause betreut werden, aber die nächste Stufe der Betreuung gerne in der eigenen Gemeinde hätten. Bgm. Neher möchte wissen, ob dies auch in anderen ländlichen Gemeinden im Landkreis so gesehen wird.

In den Nachrichten wurde soeben außerdem mitgeteilt, dass jede zweite Frau und jeder dritte Mann im Lauf ihres Lebens an Demenz erkranken. Bgm. Neher ist der Meinung, man sei hierauf zu wenig vorbereitet.

Herr Riehle legt dar, der Landkreis habe sich vor gut 20 Jahren zum ersten Mal mit der Konzeption „Betreutes Wohnen“ befasst. Die WBL sei damals mehr oder weniger verpflichtet worden, die ersten Projekte umzusetzen. Dass Betreutes Wohnen nicht die für alle günstige und letzte Lösung sein könne, habe sich in den vergangenen 20 Jahren sehr deutlich gezeigt. Für einen bestimmten Personenkreis könne das Betreute Wohnen im Lauf des Älterwerdens aber durchaus einen wichtigen Stellenwert haben und eine geeignete Form des Wohnens und Lebens sein. Für den weitaus größeren Teil komme das Betreute Wohnen in der heute angebotenen Form allerdings nicht in Frage. Die Gründe seien sehr schnell einleuchtend, wenn man sich Lebenswünsche wie Selbstbestimmtheit im Alter oder Versorgungssicherheit vorstelle. Auch die Demenz spiele dabei eine Rolle. Es werde bei derartigen Erkrankungen eine entsprechend sichere Versorgung gewünscht, die heute im Betreuten Wohnen nur sehr unzulänglich oder gar nicht abgedeckt werden könne.

Das Betreute Wohnen sei in der jetzt bekannten und in vielen Gemeinden auch umgesetzten Form weitgehend ausgereizt, so Herr Riehle. Es werden in der nächsten Zeit vielleicht noch einzelne Projekte nachwachsen. Dies werden aber nicht mehr allzu viele sein.

Wonach alle Fachleute und die Kommunalpolitiker suchen, seien Lösungen, wie die alten Menschen vor Ort so betreut und versorgt werden können, dass sie nicht aufgrund von infrastrukturellen Defiziten aus der Gemeinde wegziehen müssen. Vielmehr sollen sie in der Gemeinde die Unterstützung und Dienstleistungsstrukturen vorfinden, die sie brauchen, um dort älter zu werden und in letzter Konsequenz bis zum Tode dort leben zu können. Dass man hierfür andere Formen als das bisher angebotene Betreute Wohnen brauche, sei allen Beteiligten schon lange klar. Es gebe verschiedene Versuche, wie man dem begegnen könne und die ganz erfolgversprechend seien (unterschiedliche und andere Formen des Wohnens und der Versorgung zu Hause in Verbindung mit Betreuung und sozialen Kontakten).

Herr Riehle gibt zu verstehen, man werde keine auf alle Gemeinden umlegbaren Patentrezepte verteilen können. Es gebe Beispiele, an denen man sich orientieren könne, die aber selbst nicht 1:1 übertragbar auf die jeweilig örtliche Situation seien. Man werde nicht umhin kommen, in jeder Gemeinde zu überlegen, was sich dort eigenständig, oder im Verbund mit anderen auf die Beine stellen lasse. In Ellgau werde zurzeit z. B. über ein Projekt nachgedacht, wie man sich untereinander helfen und auch im Alter Kontakt halten und besser kommunizieren könne. Dies sei nur ein positives Beispiel von vielen. Man müsse sich dabei auf

die in der Gemeinde vorhandenen Ressourcen und Personen beziehen, die in eine solche gemeinsame Entwicklung bzw. seniorenpolitische Konzeption eingebunden werden können.

Anschließend äußert sich Herr Riehle zur Demenzproblematik. Diese stelle in jeder betroffenen Familie einen Katastrophenfall dar. Deswegen sei es ganz wichtig, dass Beratung angeboten wird. Von der Seniorenberatung des Landkreises werde jeden Donnerstagnachmittag Demenzberatung angeboten. Immer mehr Menschen kommen dorthin oder rufen an und vereinbaren Termine. Spätestens dann, wenn die Diagnose „Demenz“ in der Familie auftrete, sollte man sich beraten lassen und gemeinsam mit den Beratern Perspektiven entwickeln, um nicht von dieser Problematik erdrückt zu werden. Wichtig sei dann auch, zu sehen, wie die weitere Versorgung und Unterstützung der Betroffenen durch die Familie in der Folge geschehen könne. Er hoffe, dass die Angebote der Seniorenberatung, die sehr gut angenommen werden, noch in dem für die Zukunft benötigten Maß erweitert werden können.

Landrat Sailer erklärt, man werde dieses Thema immer wieder und vor allem in der Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes aufgreifen, das im Frühjahr verabschiedet werden soll.

**TOP 3 Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Augsburg;
Seniorenbeauftragte/Seniorenbeiräte in den Gemeinden
Referentin: Sabine Wengg, Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA München)**

Frau Wengg spricht die Frage an, warum man überhaupt auf die Idee komme, Seniorenvertretungen zu installieren. Die Themen, die im Rahmen des demographischen Wandels stattfinden, nehmen zu, werden umfangreicher und vielfältiger. Es gehe nicht nur um das Thema Demenz. Auch das Wohnen im Bestand sei eine Zukunftsaufgabe, nicht der Bau von irgendwelchen Sonderangeboten. Diese werden zwar auch gebraucht, der überwiegende Teil der älteren Bürger werde aber daheim wohnen bleiben wollen.

Die Frage sei, wie man sich auf den Ruhestand vorbereiten könne. Es gehe hierbei um bürgerschaftliches Engagement, um Pflege und Betreuung. Die unterschiedlichen Themen und Maßnahmen, die im Seniorenpolitischen Gesamtkonzept auch honoriert seien, müssen in den Gemeinden umgesetzt werden. Deswegen sei es sinnvoll, die Bürger selbst zu beteiligen. Eine Form dieser Bürgerbeteiligung seien die Seniorenvertretungen. Im Seniorenpolitischen Gesamtkonzept sei dies von der Bayer. Staatsregierung im Rahmen der gesellschaftlichen Teilhabe auch so festgeschrieben. Die Bürger wüssten, was sie wollen. Man müsse sie aber auch fragen und entsprechend motivieren, etwas zu tun.

Etwa 35 % der Bürgerinnen und Bürger seien mittlerweile ehrenamtlich engagiert. Viele Bürger würden sich gerne engagieren, wüssten aber nicht, wo und wie.

Frau Wengg legt dar, der Begriff der Seniorenvertretung sei nicht besonders klar definiert. Es gebe noch keine Patentlösung. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Bayer. Landesseniorenvertretung, die wieder Fahrt aufgenommen habe. Vor ungefähr vier Wochen habe eine Fachtagung mit über 300 Beteiligten stattgefunden. Die Bayer. Landesseniorenvertretung schreibe sich auf die Fahnen, Sprachrohr für alle Seniorenvertretungen in Bayern zu sein. Dies sei ein relativ gewichtiges Gremium, so Frau Wengg.

Hier gehe es um Seniorenbeiräte, die im Regelfall gewählt werden. Dies sei für größere Gemeinden sicherlich zu empfehlen. Daneben gebe es Seniorenbeauftragte, die von den Bürgermeistern bestimmt werden können. Dies funktioniere dann gut, wenn jemand die Motivation und auch den richtigen Draht zur Verwaltungsspitze und innerhalb der Verwaltung habe. Mit den innerhalb der Gemeindeverwaltung bestimmten Seniorenbeauftragten habe man bislang unterschiedliche Erfahrungen gemacht.

Es sei die eigentliche Aufgabe der Seniorenvertretungen, eigene Ideen oder Ideen der Bürger umzusetzen und dazu andere Verbündete mit ins Boot zu holen. Diese Aufgabe könne man auch auf mehrere Schultern verteilen. Natürlich benötige man dazu eine grundständige Ausbildung. Hierfür stehe sicherlich auch der Landkreis mit seinem gesamten Fachwissen zur Verfügung. Es sei überhaupt eine sinnvolle Aktion, dass der Landkreis regelmäßig die Seniorenvertretungen einlade und dabei über diese Seniorenthemen gesprochen werde.

Es gebe zwar schon einige Aktivitäten im Landkreis, aber auch noch viele weiße Flecken auf der Karte. Verglichen mit anderen Landkreisen sei der Landkreis Augsburg noch nicht sehr weit. Es gebe durchaus Landkreise, in denen bereits in jeder Gemeinde eine Seniorenvertretung vorhanden sei. Diese werden über die jeweiligen Landkreisverwaltungen fortgebildet.

Frau Wengg erklärt, sie wolle den Anwesenden heute Mut machen und diese ermuntern, Seniorenvertretungen einzuberufen. Im Prinzip sei dies ein ehrenamtlicher Job. Man könne eine Aufwandsentschädigung zahlen. Es sei auch sinnvoll, dass den Seniorenvertretungen ein gewisses Budget zur Verfügung stehe. Dadurch, dass diese Menschen ehrenamtlich tätig seien, müsse man auch sehen, welches Talent sie jeweils mitbringen, da sich deren Arbeit daran orientieren werde. Natürlich müsse auch das Vertrauen in diese Personen vorhanden sein.

Ein Seniorenbeauftragter könne Ansprechpartner für Ratsuchende sein, er sollte das Bindeglied zwischen dem Bürger und der Gemeindeverwaltung sein sowie Maßnahmen zur Weiterentwicklung anstoßen. Frau Wengg erklärt, sie komme auch gerne in die Gemeinden und berate diese hierzu.

Abschließend informiert Frau Wengg darüber, dass die Bayer. Staatsregierung weiterhin Gemeinden in der Umsetzung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte fördert. Hier könne man Workshops anteilmäßig finanziert bekommen. Das Projekt laufe in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung. Im Januar werde die Koordinationsstelle noch eine Broschüre zu Fördermöglichkeiten und Fördermaßnahmen im Rahmen seniorenpolitischer Gesamtkonzepte herausgeben.

Frau Wengg bringt außerdem vor, es wäre sinnvoll, die Aktionisten an das Landratsamt zu melden, damit diese auch zu den Veranstaltungen eingeladen werden können.

Zur Pressemeldung, wonach 50 % der pflegebedürftigen Frauen an Demenz erkrankt seien, gibt Frau Wengg zu verstehen, dass man solche Zahlen nicht ungesehen glauben sollte. Die Versicherung habe Pflegefälle untersucht. Jeder zweite Pflegebedürftige, der gestorben sei, hatte Demenz. Man müsse dies aber nicht unnötig aufbauschen.

TOP 4 Kreishaushalt 2011 Referent: Martin Seitz, Kreiskämmerer
--

Bgm. Klaußner erklärt, es sei in der Vergangenheit ein ständiger Kampf um die Kreisumlage zwischen Gemeindetag und Landkreis gewesen. Deshalb habe er Landrat Sailer gebeten, vor allem diejenigen Bürgermeister, die nicht im Kreistag sitzen, rechtzeitig nach Vorlage der ersten Entwürfe zu informieren. Nachdem die Bürgermeister die Landkreisgemeinden vertreten, sollte ihnen auch ein Mitspracherecht eingeräumt werden. Was die Kreisumlage anbelange, so werde man fair miteinander umgehen. Dies habe man in der Vergangenheit getan und werde dies auch in der Zukunft machen.

Im letzten Jahr habe der Landkreis die Bezirksumlagenerhöhung um 1 Prozentpunkt aufgefangen, was man dem Landkreis positiv anrechnen müsse und auch nicht bei der Diskussion um die Kreisumlage 2011 vergessen dürfe. Die Bezirksumlage werde sich 2011 um wahrscheinlich 2,5 Prozentpunkte erhöhen. Diese 2,5 % werde der Landkreis sicher nicht mehr auffangen können.

Herr Seitz informiert die Anwesenden anschließend über den Haushaltsentwurf 2011. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Landrat Sailer verweist darauf, dass die Personalkosten des Landkreises Augsburg deutlich unter dem schwäbischen Durchschnitt liegen.

Zu den Sozialhilfeausgaben erklärt **Bgm. Klaufner**, die Thematik sei auch Gegenstand der Vorstandssitzung des Bayer. Gemeindetags gewesen. An Landrat Sailer habe man einen Fragenkatalog gestellt. Die Fragen seien jetzt zum Teil beantwortet. Mit der Antwort zu diesem Punkt sei er jedoch nicht zufrieden. Im Lauf der letzten Wochen und Monate seien die Arbeitslosenzahlen deutlich zurückgegangen. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb im Sozialhilfebereich und im Bereich der Grundsicherung nicht zumindest eine Stagnation oder aber rückläufige Zahlen vorhanden seien.

Herr Seitz legt dar, dass bei den Fallzahlen eine Stagnation vorhanden sei. Es werde nicht von mehr Sozialhilfeempfängern bzw. Empfängern von Grundsicherung ausgegangen. Bei der Grundsicherung im Alter werde man auf lange Sicht auf jeden Fall eine steigende Tendenz haben. Dies habe aber mit dem Arbeitslosenbereich als solchem nichts zu tun.

Gehe die Arbeitslosenquote zurück, dann müsste irgendwann auch die Zahl der ALG II-Empfänger rückläufig sein. Dies seien aber separate Arbeitsmärkte, die auf wirtschaftliche Entwicklungen unterschiedlich reagieren.

Springe die Wirtschaft wieder an, könne man sehr schnell eine Bewegung in Form einer sinkenden Arbeitslosenquote feststellen. Diese Entwicklung schlage aber nicht sofort auf die ALG II-Empfänger durch, da es sich dabei in der Regel um Langzeitarbeitslose handle oder aber um Menschen, die aufgrund fehlender Qualifikation nicht in jedem Bereich eingesetzt werden können. Die positiven Effekte werden hier daher nur sehr zeitverzögert bei nachhaltig wirtschaftlichem Aufschwung spürbar sein.

Herr Seitz gibt zu verstehen, der Landkreis sei in diesem Hilfebereich nicht derjenige, der das Arbeitslosengeld II selbst zahle, sondern komme für die Kosten der Unterkunft auf. Hier müsse festgestellt werden, dass sich die Miet- und Energiekosten in einem Maße steigern, die die Stagnation oder eventuell auch eine gewisse rückläufige Anzahl an Bedarfsgemeinschaften wieder aufzehrt.

Landrat Sailer informiert zum Thema Grundsicherung darüber, dass künftig jeder EU-Bürger, der in den Landkreis komme und in die Grundsicherung falle, vom Landkreis getragen werden müsse. Dies sei keine Leistung, die der Bund übernehme. Man müsse sich deshalb darauf einstellen, dass dieser Betrag in den nächsten Jahren steigen werde. **Bgm. Klaufner** meint, es könne doch nicht sein, dass man alles auffange, während die eigenen Leute oft von einer Minimalrente leben müssen.

Bgm. Neher knüpft an die Aussage von Herrn Seitz an, dass das Jahr 2011 schwierig für den Landkreis werde. Dies sei allen klar gewesen. Man sollte aber nicht nur den Blick auf 2011 richten, sondern auch auf die kommenden Jahre des Finanzplanungszeitraums bis 2014. Die Umlagekraft sei in der Tat gesunken. Bgm. Neher erklärt, er gehe aber davon aus, dass diese in den nächsten Jahren wieder deutlich steigen werde. Insofern sollte man über einen längeren Zeitraum diskutieren, um nicht Gefahr zu laufen, ein Auf und Ab bei der Kreisumlage zu riskieren. Vielmehr müsse auf eine gewisse Kontinuität geachtet werden.

Herr Seitz führt aus, er habe rechnerisch dargestellt, welcher Betrag aus Sicht des Kämmers notwendig sein werde, um den Haushalt abzugleichen. Natürlich bedürfe dies einer politischen Bewertung. Er gehe davon aus, dass sich dieser Betrag nach der politischen Bewertung noch etwas relativieren werde. Der Rückgang der Umlagekraft beschere dem Landkreis ein Minus von 1,8 Mio. €. Eine ganz wesentliche Position sei der Bezirkshaushalt, der ebenfalls mit dem Rückgang der Umlagekraft zu kämpfen habe. Wesentlich sei dort aber der Anstieg der sozialen Leistungen in Behinderteneinrichtungen, der Hilfe zur Pflege etc. Herr

Seitz merkt an, er gehe nicht davon aus, dass der Bezirk in den kommenden Jahren von diesen Ausgaben deutlich herunterkommen werde.

Ansonsten gibt Herr Seitz Bgm. Neher Recht. Die Umlagekraft werde sich nach 2011 sicherlich wieder entspannen. Die Frage sei, welcher Zeitraum vergehen werde, bis wieder das vorherige Niveau erreicht sei. Der Landkreis Augsburg und damit auch die kreisangehörigen Gemeinden hätten in den vergangenen Jahren deutliche Aufwüchse gehabt. Teilweise seien es Steigerungen zwischen 10 und 15 % gewesen, die es ermöglicht hätten, auf einem relativ hohen Niveau zu haushalten. Ansonsten hätte der Landkreis nicht all diese Aufgaben bewältigen können, ohne die Kreisumlage schon in früheren Jahren auf 50 % oder mehr zu erhöhen.

Bgm. Fink fragt nach, wieso die Schlüsselzuweisungen sinken, wenn die Umlagekraft unterdurchschnittlich ist. Dies müsste eigentlich umgekehrt sein. Seine zweite Frage betreffe die Stellenmehrungen. Herr Seitz habe erklärt, die 9 Stellen machen 1 Mio. € aus. Bgm. Fink möchte wissen, ob es sich hierbei um Vollzeitstellen handelt oder auch Teilzeitstellen mit eingerechnet sind.

Hierbei handelt es sich laut **Herrn Seitz** seines Wissens um keine Vollzeitstellen, sondern um Köpfe.

Zu den Schlüsselzuweisungen erläutert Herr Seitz, dass der Landkreis zwar einen Rückgang der Umlagekraft habe, aber im bayernweiten Vergleich eigentlich gut dastehe. Die Umlagekraft des Landkreises gehe um 2,2 % zurück. Bayernweit liege der Rückgang bei 8 %. Herr Seitz teilt mit, er habe sich beim Ansatz von 28 Mio. € auf eine Prognose des Bayer. Landkreistages gestützt. Der einheitliche Grundbetrag sei maßgeblich für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Dieser lag für die Landkreise im Jahr 2010 bei 512 €. Der Landkreistag empfehle nun, mit 500 € zu rechnen. Dies sei ein deutlicher Rückgang, weshalb zu hoffen bleibe, dass sich der Landkreistag dabei – wie schon in den letzten Jahren – täusche. Der Landkreis werde aber sicherlich nicht 28 Mio. € bekommen. Im Lauf des Monats könne er hierzu mehr sagen, so Herr Seitz.

Bgm. Hafner merkt an, es sei für ihn ein Horrorszenario, das man gerade gehört habe. Heute früh habe er in der Augsburger Allgemeinen gelesen, der Landrat hoffe auf die Solidarität der Gemeinden. Für die Gemeinde Horgau könne er sagen, diese Solidarität habe der Landkreis dann uneingeschränkt, wenn es um Investitionen in die Bildung, den Öffentlichen Personennahverkehr und in das Gesundheitswesen gehe. Eine Erhöhung der Kreisumlage um 5 oder 6 Prozentpunkte sei jedoch unvorstellbar. Solidarität sei keine Einbahnstraße. Der Landkreis werde daher inständig gebeten, darüber nachzudenken, wie dies noch etwas zurückgefahren werden könne. Die Bezirksumlagenerhöhung sei nicht diskutabel. Diese müsse bezahlt werden. Alles, was jedoch darüber hinaus gehe, müsse auf den Prüfstand. Bgm. Hafner betont, ihm fehle ein Signal des Landkreises, dass die Finanzlage tatsächlich schlecht sei, zumal der Sitzungssaal für 1,2 Mio. € in einem Jahr saniert werde, in dem es dem Landkreis angeblich so schlecht gehe. Bgm. Hafner bittet deshalb nochmals um die Solidarität des Landkreises auch gegenüber den Kommunen. Diese können ihre nicht gedeckten Bedarfe an niemanden weiter geben.

Landrat Sailer führt aus, dass mit den heute vorgestellten Zahlen erstmals die Situation des Kreishaushaltes deutlich geworden sei. Der ungedeckte Bedarf, der nicht aus Kreisaktivitäten erwachsen sei, müsse sogar noch um knapp 1 Mio. € erhöht werden, weil bisher nur von einer Bezirksumlagenerhöhung um 2 Punkte ausgegangen wurde.

Landrat Sailer weist ferner darauf hin, dass der Umbau des Sitzungssaals zu $\frac{3}{4}$ aus dem Haushalt des Jahres 2009 finanziert und diese Mittel dann teilweise auf 2010 übertragen wurden. Hinter dieser Maßnahme stehe er auch. Wer den alten Sitzungssaal kenne, der werde ihm recht geben, dass etwas getan werden musste.

Hinzu komme aber auch die Tatsache, dass es sich bei fast der Hälfte des Verwaltungshaushaltes um Sozialausgaben (72 Mio. €) handle und dem Landkreis diesbezüglich die Hände gebunden seien.

Entscheidend ist aus Sicht von Landrat Sailer die Solidarität zwischen Kommunen und Landkreis. Diese habe man in den letzten Jahren hinbekommen und werde es auch dieses Jahr schaffen. Die Kreisräte seien sich selbstverständlich ihrer Verantwortung bewusst. Der Kreistag werde seinen Beitrag dazu leisten, dass die Umlagensteigerung auch von den Gemeinden mitgetragen werden könne. In einem Miteinander werde es in den nächsten Wochen gelingen, sich auf eine akzeptable Kreisumlagerhöhung zu verständigen.

Nachdem das Haushaltsjahr 2010 zu Ende geht, richtet **Bgm. Bergmeir** an Herrn Seitz die Frage, wie der Jahresabschluss 2010 voraussichtlich aussehen wird und in welcher Höhe die vorgesehenen Kreditaufnahmen in Anspruch genommen werden müssten. Von **Herrn Seitz** wird erklärt, dass eine belastbare Zahl zum Jahresabschluss 2010 aus jetziger Sicht schlecht darstellbar sei. Wie das Ergebnis tatsächlich aussehen werde, habe im Wesentlichen auch mit der Bildung von Resten zu tun. Hierzu müssen die Meldungen aus dem Haus bis zum 17.12.2010 erfolgt sein.

Die großen Ausgabepositionen hätten sich wie erwartet entwickelt. Mit dem für die Jugend- und Sozialhilfe zur Verfügung gestellten Budget werde man auskommen, so dass man 2010 mit Sicherheit kein Defizit haben werde. Die Personalausgaben werden wohl um 200.000 € über dem Ansatz liegen.

Im Jahr 2010 war eine Kreditaufnahme in Höhe von ungefähr 18 Mio. € im Haushalt veranschlagt, wovon 2 Mio. € aufgenommen werden mussten. Die Frage werde sein, wie viel zum Jahresende noch zum Ausgleich des Vermögenshaushalts aufgenommen bzw. als Einnahmerest gebildet und auf das neue Jahr übertragen werden müsse.

Bei den Kreditaufnahmen waren laut Herrn Seitz auch Zuschüsse für Investitionen an das Klinikum berücksichtigt, die der Krankenhauszweckverband zu leisten habe. Während des Jahres habe der Krankenhauszweckverband dann jedoch mitgeteilt, er wolle von seinen Trägern keine Investitionszuschüsse, sondern werde selbst Kredite aufnehmen. Dadurch reduzierte sich der Kreditbedarf des Landkreises bereits wesentlich.

Was das Gymnasium Königsbrunn angehe, so sei die Baumaßnahme schon sehr weit fortgeschritten, allerdings fehlen noch Teil- und Schlussrechnungen der großen Gewerke. Dazu werde ebenfalls noch eine Kreditaufnahme erfolgen müssen.

Bgm. Bergmeir merkt an, dennoch werde man deutlich unter den 18 Mio. € liegen. Jedes Jahr müsse er feststellen, dass eine zu hohe Kreditaufnahme im Haushalt enthalten sei. Gleichzeitig werde auf die problematische Verschuldung verwiesen. Ganz so stelle es sich dann am Ende des Jahres nie dar. **Landrat Sailer** gibt zu verstehen, man sollte über diese Situation froh sein. Der Landkreis erhalte dennoch jährlich den Hinweis der Regierung von Schwaben wegen seiner zu hohen Verschuldung.

Bgm. Lettinger bringt vor, Herr Seitz habe die Lage des Landkreises aus der Sicht des Landkreises hervorragend dargestellt. Allerdings könnten Bezirk und Landkreis nicht mit den Gemeinden verglichen werden. Beide seien umlagenfinanziert und können einen Fehlbedarf von den darunterliegenden Gebietskörperschaften holen. Diese Möglichkeiten hätten die Gemeinden natürlich nicht.

Was den Abschluss 2010 anbelangt, zeigt sich Bgm. Lettinger positiv gestimmt. Mit den Haushaltseinnahmeresten werde man dies so steuern können, dass es eine Punktlandung gebe.

Wenn man den Gemeinden den Spiegel über die gute Entwicklung der Steuereinnahmen in den letzten Jahren vorhalte, dann müsse man gerechtigkeitshalber aber auch die Belastungen nennen, die die Gemeinden in den letzten zehn Jahren wegzustecken hatten. Als Beispiel nennt Bgm. Lettinger den Bereich der Kinderbetreuung. In den letzten zehn Jahren sei das Defizit pro Kind von 1.110 €/Kind netto auf ca. 2.400 €/Kind angestiegen. Es werde ein Bundesgesetz erlassen und dieses einfach nach unten durchgegeben. Hierfür gebe es auch kein Konnexitätsprinzip. Dies seien die Dinge, die die Gemeinden belasten, die aber nirgendwo aus den Zahlen hervorgehen. Bgm. Lettinger betont, die Gemeinden hätten zwar mehr eingenommen, die Ausgaben seien aber überproportional angestiegen.

Landrat Sailer unterstreicht diese Aussage und bezeichnet es als das Kernproblem, dass Ausgaben zum Teil auf den Bezirk, die Landkreise und auf die Kommunen abgewälzt werden. Wie sich dieses Finanzsystem insgesamt dauerhaft tragen soll, sei ihm ein Rätsel. Die Frage sei, wie steigende Sozialausgaben in den nächsten Jahren aufgefangen werden sollen, wenn dafür nicht eine entsprechende Gegenfinanzierung erfolge. Dies werde irgendwann in eine Sackgasse münden.

Anschließend werden von **Bgm. Ziegelmeier** die Gastschulbeiträge in Höhe von 421.800 € thematisiert. Ihn persönlich würde interessieren, wie viel der Landkreis Augsburg an den Landkreis Günzburg bezahle. **Herr Seitz** erklärt, dies könne er nachrechnen lassen. Dieser Betrag dürfte aber im Verhältnis gesehen eher eine geringe Rolle spielen. Bei den weiterführenden Schulen handle es sich um landesweit per Verordnung festgelegte Sätze, die auszugleichen seien. Diese bezahle der Landkreis Augsburg an den Landkreis Günzburg genauso wie umgekehrt. Schwierig seien hingegen die Spitzabrechnungen mit den Berufsschulen. Darin stecke ein Löwenanteil der Ausgaben.

Bgm. Mößner betont, die Kommunen laufen immer hinterher und hätten die Kosten zu tragen. So wie man heute Kinderkrippen baue, werde in fünf Jahren wieder etwas Neues zu leisten sein.

Zur heutigen Diskussion unter TOP 2 und 3 verweist Bgm. Mößner auf Berichte in der Zeitung, dass überall Pflegepersonal fehle. Dem entsprechend werden auch die Nachfrage und die Kosten sein. Der Staat sollte einmal darüber nachdenken, die Betreuung von Pflegebedürftigen in der Familie gesellschaftlich und finanziell stärker anzuerkennen.

Bgm. Lettinger erklärt, das Problem sei, dass der Bund oder das Land Gesetze erlassen und die Gemeinden dann bedrängt werden, in die Mitfinanzierung zu gehen. Es gebe zwar zunächst für zwei bis drei Jahre eine Anschubfinanzierung. Dann jedoch ziehen sich die Gesetzgeber zurück, betonen aber gleichzeitig, dass man diese Aufgabe fortführen müsse, weil dies bei den Menschen so gut ankomme. **Bgm. Baumeister** möchte ebenfalls in diese Kerbe schlagen. Die Themen, die von oben kommen, seien äußerst vielfältig. Dies fange mit der Kinderbetreuung an, gehe über den DSL-Ausbau bis hin zur Einführung des Digitalfunks. Dieser werde in den nächsten Jahren eine Menge Geld kosten. Der Freistaat wolle dies unbedingt haben, so dass die Gemeinden wiederum kräftig bluten werden, bis alle Feuerwehren entsprechend ausgestattet seien. Bgm. Baumeister macht deutlich, dass die Gemeinden jedoch jetzt schon mit dem Rücken an der Wand stehen.

Ergänzend dazu verweist **Bgm. Ziegelmeier** auf das Bayer. Schulfinanzierungsgesetz, das ebenfalls ein klassisches Beispiel hierfür sei. Hier sei es im Übrigen so gewesen, dass der Landkreis Augsburg die Ausschreibung gemacht habe, während die Kommunen nun die Zechen zahlen. Bgm. Ziegelmeier gibt zu verstehen, er habe in den letzten drei Wochen nichts anderes gemacht, als Schulverkehre zu organisieren. Das Schulfinanzierungsgesetz sei zum 01.08.2010 in Kraft getreten. Der Schulaufwandsträger habe zum damaligen Zeitpunkt übrigens bereits gewusst, dass die Kosten letztlich die Gemeinden treffen werden. Trotzdem habe der Landkreis die Schülerverkehre ausgeschrieben. Bgm. Ziegelmeier erklärt, hierüber könnte man ebenfalls noch diskutieren.

Bgm. Lettinger spricht nochmals den Breitbandausbau an. Die Gemeinden werden hier zugunsten ihrer Bürger und Betriebe gezwungen, etwas zu tun, obwohl es die Gemeinden eigentlich nichts angehe.

Bgm. Klaußner erklärt abschließend, er sei dankbar dafür, dass diese doch sehr umfangreiche Diskussion heute geführt werden konnte. Bevor der Kreistag den Haushalt endgültig beschließe, werde man diesen nochmals in einer eigenen Versammlung behandeln.

Darüber hinaus informiert Bgm. Klaußner über die momentan laufenden Gespräche mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb zum Anteil der Gemeinden an den Einhebegebühren. Bisher erhalten die Gemeinden hiervon 4,75 %. Am 12. Januar 2011 finde ein Gespräch statt, in dem man versuchen wolle, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Bgm. Klaußner geht davon aus, dass eine Anpassung zugunsten der Gemeinden erfolgen wird.

**TOP 5 Fundtiere im Landkreis Augsburg;
Angebot des Tierheimes Augsburg
Referent: Georg Klaußner, Kreisvorsitzender Bayer. Gemeindetag und
Bürgermeister**

Bgm. Klaußner informiert über den aktuellen Sachstand, wonach er federführend mit Frau Koppe die Verhandlungen mit dem Tierschutzverein Augsburg übernommen habe. Vor einigen Monaten habe man auch ein Gespräch mit dem Tierschutzverein geführt. Zwischenzeitlich hätten die Gemeinden wieder eine immense Anzahl von Rechnungen bekommen. Er habe den Gemeinden empfohlen, die Rechnungen liegen zu lassen, bis der Tierschutzverein in der Lage sei, den vorgelegten Vertrag zu unterschreiben. Im Bürgermeisterkreis habe man damals festgelegt, dass pro Einwohner und Jahr eine Pauschale von 20 Cent bezahlt werden soll. Vom Tierschutzverein wurden seinerzeit 50 Cent/Einwohner gewünscht. In weiteren Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Tierschutzvereins, Herrn Paula, wurde dann ein Kompromiss mit 35 Cent angeboten. Bgm. Klaußner teilt mit, er habe dazu Rückmeldungen von Kollegen bekommen, die eine Pauschale von 20 Cent/Einwohner für ausreichend ansehen.

Außerdem berichtet Bgm. Klaußner von einer Rechnung an die Stadt Stadtbergen vom 18.11.2010, wonach 9 Ratten (Mama und 8 Babys) auf einem Feld an der Kornstraße von einer Privatperson gefunden wurden. Der Kostenaufwand werde mit 1.104,09 € beziffert. Bgm. Klaußner betont, die Widersinnigkeit liege darin, dass fast alle Gemeinden Rattenbekämpfungsverträge abgeschlossen haben. Dies habe er Herrn Paula auch mitgeteilt.

Bgm. Fink gibt zu verstehen, wenn auf dieser Basis die 35 Cent kalkuliert seien, dann liege man mit 20 Cent immer noch zu hoch.

Als letzter Kompromiss mit Herrn Paula wurde nun laut **Bgm. Klaußner** eine Pauschale von 30 Cent/Einwohner besprochen. Vor acht Tagen habe er das Thema in der Vorstandschaft behandelt. Die Vorstandschaft empfehle den Bürgermeistern, den vorliegenden Vertrag mit einer Pauschale von 30 Cent abzuschließen. Unter § 2 soll noch mit aufgenommen werden, dass weitere Kosten (z. B. für Impfung, Kastration usw.) für die Gemeinden dann nicht mehr anfallen.

Bgm. Schafnitzel weist darauf hin, dass seine Gemeinde an der Landkreisgrenze liegt und Fundtiere sehr oft ins Tierheim nach Donauwörth gefahren werden. Er möchte wissen, ob diese Rechnungen dann zurückgewiesen werden können.

Frau Koppe empfiehlt den Gemeinden, den Abschluss des Rahmenvertrags mit dem Tierheim Augsburg im Amtsblatt der Gemeinde publik zu machen. Auch die anliegenden Tierheime sollten darüber informiert werden. Von **Bgm. Walter** wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinden gelegentlich auch Rechnungen von Tierärzten über die Behandlung von Fundtieren erhalten. **Frau Koppe** erklärt, hiermit verhalte es sich genauso. Grundsätzlich sei die Gemeinde für Fundtiere zuständig. Wenn festgelegt sei, dass das Tierheim Augsburg dies mache, dann seien andere außen vor. Man müsse dies nur entsprechend publik machen. **Bgm. Walter** gibt zu bedenken, dies werde sich in der Praxis nicht so einfach umsetzen lassen.

Bgm. Fink erklärt, der Landkreis Landsberg zahle eine Pauschale von 20 Cent an das dortige Tierheim, weshalb nicht nachvollziehbar sei, weshalb die Gemeinden des Landkreises

Augsburg 30 Cent bezahlen sollen. Das Tierheim Augsburg sollte versuchen, mit diesem Geld zurechtzukommen. Von **Bgm. Bergmeir** wird verdeutlicht, dies seien auf den Landkreis bezogen immerhin 70.000 €. Der Markt Welden gebe pro Einwohner und Jahr 1 € an die Sozialstation Zusmarshausen, damit die älteren und kranken Mitbürgerinnen und Mitbürger versorgt werden können. Bgm. Bergmeir betont, diese Pauschalierung stelle letztlich eine Art Freibrief dar, so dass jeder die Fundtiere im Tierheim abgeben könne. **Bgm. Dobler** erklärt, seine Gemeinde werde wohl Mitglied im Tierheim Landsberg werden, wenn das Tierheim Augsburg weiterhin auf einer Pauschale von 30 Cent bestehe.

Bgm. Neher bedauert, dass das Thema zum Teil ins Lächerliche gezogen wird. Dies halte er für unangebracht. Er selbst werde für seine Gemeinde weiterhin eine Einzelfallabrechnung machen. Er sei Mitglied im Tierheim Augsburg und bekomme mit, was an Tieren dort abgegeben werde. Die Anforderungen an die tierärztliche Betreuung durch die Ämter seien exorbitant gestiegen. Jedes Tier müsse genauestens auf Krankheiten untersucht werden. Das Tierheim finanziere sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Ohne diese Gelder könnte das Tierheim zusperren. Es sei eine Katastrophe, wie die Leute mit Tieren umgehen. Der Tierschutzverein arbeite größtenteils mit ehrenamtlichen Leuten, habe aber auch ca. 25 Festangestellte, die jedoch nicht besonders gut verdienen, so Bgm. Neher.

Frau Koppe erläutert auf Anfrage anschließend nochmals den Unterschied zwischen herrenlosen Tieren und Fundtieren. Zu den Kosten berichtet Frau Koppe, dass das Tierheim Augsburg beim Gespräch die Kosten für den gesamten Landkreis vorgelegt habe. Diese betragen für Hunde, Katzen und andere Kleintiere im Jahr 2009 rd. 70.000 €. Von daher wäre auch eine Pauschale von 30 Cent aus Sicht von Frau Koppe als nicht maßlos erhöht anzusehen.

Bgm. Gilg erklärt, er werde dies noch in seinem Gremium diskutieren, hätte aber gerne die Möglichkeit, auch die Pauschale von 30 Cent im Gremium anzubieten. Dies müsse ja nicht jede Gemeinde so machen. Aktuell liegen seiner Gemeinde ein paar Rechnungen vor.

Bgm. Lettinger meint, um eine gute Verhandlungsposition zu haben, sollte man eine große Solidarität zeigen. Notfalls könnten noch 25 Cent angeboten werden.

Anschließend verständigen sich die Anwesenden auf eine Obergrenze von 20 Cent pro Einwohner und Jahr. **Bgm. Klaußner** erklärt, er werde dem Vorsitzenden des Tierschutzvereins mitteilen, dass mit 30 Cent kein Einvernehmen zu erzielen sei und nach wie vor 20 Cent angeboten werden. Ansonsten müsse weiterhin eine Spitzabrechnung erfolgen. Bgm. Klaußner gibt zu verstehen, dass das Thema dann für ihn vom Tisch sei. Mehr könne er diesbezüglich nicht mehr unternehmen.

Sollte dieser Vorschlag nicht greifen, dann sollte laut **Landrat Sailer** jede Gemeinde dies künftig so handhaben, wie es für sie am besten sei.

Von **Bgm. Baumeister** wird der Vorschlag unterbreitet, die Zahlung der Pauschale auf ein Jahr zu befristen und anschließend eine Bestandsaufnahme zu machen, wie das Tierheim mit dem zur Verfügung gestellten Geld zurechtkomme. Es müsste eigentlich im Interesse des Tierschutzvereins sein, zu einer solchen Pauschalregelung zu kommen, da dann keine Rechnungen mehr ausgestellt werden müssten.

Mit diesem Vorschlag erklären sich die Anwesenden einverstanden.

TOP 6 Verschiedenes

Landrat Sailer kommt auf das Schreiben an die Gemeinden zum Regionalen Klimaschutzkonzept zu sprechen. Er bittet diesbezüglich um entsprechende Unterstützung und Rückgabe der Fragebögen bis Mitte Januar 2011.

Anschließend informiert **Frau Brunner** über die Einvernehmenserteilung im Baugenehmigungsverfahren aufgrund eines neuen Urteils des BGH vom 14.09.2010.

Landrat Sailer erbittet dazu von Frau Brunner für die Gemeinden eine Gegenüberstellung der bisherigen Verfahrensweise und der jetzt erfolgten Änderungen.

Bgm. Klaußner merkt an, bisher hätten die Gemeinden eine Rückmeldung vom Bauamt erhalten, dass beabsichtigt sei, das Einvernehmen zu ersetzen. Er möchte wissen, ob dies auch weiterhin der Fall sein wird. Dies wird von **Frau Brunner** bestätigt.

TOP 7 Wünsche und Anfragen

Bgm. Stohl spricht das Thema Windkraftanlagen an. Er erkundigt sich danach, ob angedacht sei, im Regionalen Planungsverband die Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen zu verändern.

Frau Koppe berichtet, dass die Gemeinden noch in diesem Jahr dazu ein Anschreiben erhalten werden. In der letzten Planungsausschusssitzung sei die Windkraft ein Thema gewesen. Schon aus rechtlichen Gründen werde man um eine Fortschreibung des Regionalplans nicht umhin kommen. Die Gemeinden sollen in dem erwähnten Schreiben zunächst gebeten werden, bis Anfang März 2011 mitzuteilen, in welchen Teilen ihres Gemeindegebiets sie sich vorstellen könnten, zukünftige Vorrang- bzw. Vorbehaltsflächen auszuweisen und wie sie vor allem mit ihren so genannten weißen Flächen umzugehen gedenken. Diese weißen Flächen stellen nach Mitteilung von Frau Koppe ein rechtliches Problem dar und seien nicht mehr in der Form haltbar, wie sie im bisherigen Regionalplan dargestellt seien.

Landrat Sailer teilt mit, dass sich die Anfragen für solche privilegierten, staatlich geförderten Bauvorhaben mehren. Man versuche nun, dies im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten ein Stück weit zu steuern und dorthin zu bringen, wo es auch ein Höchstmaß an Einvernehmen gebe. Dazu müsse man aber zunächst die Fortschreibung des Regionalplanes auf den Weg bringen.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

Georg Klaußner
Kreisvorsitzender

Bürgermeisterdienstbesprechung 08.12.2010